

Politikwechsel nach dem Tabubruch in Berlin?

Perspektiven der SPD-PDS-Koalition in der Bundeshauptstadt

Von Benjamin-Immanuel Hoff

Nach nur dreiwöchigen Verhandlungen unterschrieben die Partei- und Fraktionsspitzen von SPD und PDS am 16. Januar den Koalitionsvertrag¹ über eine fünfjährige Zusammenarbeit. Wie diffizil dieses Bündnis sein kann bewies sich nur einen Tag später, als der Landesvorsitzende der SPD, Peter Strieder, im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erhielt und erst im zweiten Anlauf zum Senator für Stadtentwicklung gewählt wurde.²

Das neue Berliner Regierungsbündnis stellt die zweite rot-rot gefärbte Landesregierung und bestätigt damit einen bereits bei der Koalitionsbildung in Mecklenburg-Vorpommern 1998 prognostizierten Trend zu neuen Regierungskonstellationen in Ostdeutschland. Mehr als zehn Jahre nach der Wende in der DDR ist es allgemein anerkannt, dass sich neben den Alleinregierungen der CDU bzw. SPD und den Großen Koalitionen perspektivisch in allen ostdeutschen Ländern rot-rote Koalitionen bilden können. Neben Schwerin und Berlin könnte nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt auch in Magdeburg eine Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsident Reinhardt Höppner (SPD) und einer Vize-Ministerpräsidentin Petra Sitte (PDS) gebildet werden. Bereits vor Monaten haben die dortigen Akteure angekündigt, das seit zwei Legislaturperioden andauernde Modell der PDS-Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung zu beenden.

Trotz dieser politischen Prognosen für Ostdeutschland war noch vor nicht ganz einem Jahr eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin in nächster Zeit als undenkbar erachtet worden. Alle Parteien waren sich einig, dass dies zwar mittelfristig nicht ausgeschlossen aber kurzfristig Utopie sei. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus brachte dies sinngemäß auf die knappe Formel „Die Mauer stand in Berlin und nicht in Magdeburg“. Die Berliner Fraktionsvorsitzenden der PDS Carola Freundl und Harald Wolf hatten noch im Januar 2001 ein Papier unter dem Titel „Vor der Kür kommt die Pflicht“³ erarbeitet, in dem sie die Aufgaben der Parlamentsfraktion bis zum Ende der Legislaturperiode beschrieben, an deren Ende 2004 eine Koalition möglich sein könnte.

Wie kam es zu diesem rasanten Wechsel der politischen Atmosphäre in Berlin? Inwiefern drückt sich in den Berliner Koalitionsverhandlungen eine Professionalisierung der PDS aus? Welche Aufgaben sind durch die rot-rote Koalition zu lösen? Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus dieser politischen Konstellation?

Vom CDU-Parteispenskandal zum Bruch der Großen Koalition

Die jüngste Entwicklung Berlins nahm ihren öffentlichen Ausgangspunkt am 8. Februar 2001, als der langjährige CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Landowsky bestätigte, im Berliner Wahljahr 1995 von den ehemaligen CDU-Parteifreunden und Geschäftsführern der Firma Aubis, Christian Neuling und Klaus Wienhold, je eine Spende von 20.000 Mark entgegengenommen zu haben. Er erklärte, dass die Spenden in keinem Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit als Vorstandssprecher der Berlin Hyp, dem für das Immobiliengeschäft zuständigen und damit auch bedeutsamsten Unternehmensteil der landeseigenen Bankgesellschaft Berlin (BGB), gestanden hätten. Doch Aubis hatte für den Kauf von Plattenbauwohnungen etwa 600 Millionen Mark Kredite erhalten - von der Berlin Hyp.

¹ Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) – Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) – Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001-2006, <http://www.berlin.de/home/Land/RBm-SKzl/landesregierung/index.html>.

² Strieder erhielt im ersten Wahlgang 68 Ja-Stimmen, 70 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Im zweiten Wahlgang stimmten für Strieder 75 Abgeordnete, 65 Abgeordnete stimmten gegen ihn. Enthaltungen gab es keine.

³ Carola Freundl/Harald Wolf, Vor der Kür kommt die Pflicht. Arbeitspapier zu den politischen Aufgaben der PDS-Fraktion bis 2004, Berlin 2001, http://www.pds-berlin.de/politik/dok/pds_2004.html.

Dem eigens eingesetzten „Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden“ gelang es bislang nicht endgültig festzustellen, dass ein Zusammenhang zwischen der Parteispende und der Kreditvergabe, basierend auf einem mehr als unsicheren Immobilienkonzept von Aubis besteht. Gleichwohl war das Aubis-Engagement der Berlin Hyp gespickt mit Wunderlichkeiten.

Bereits um die ersten Millionen bewilligen zu können, ohne Kontrollen fürchten zu müssen, wiesen die Vorstände der Berlin Hyp Sachbearbeiter an, ein 80-Millionen-Darlehensbegehren in drei Teilkredite zu stückeln. Dadurch bedurfte das Geschäft keiner Zustimmung durch Aufsichtsräte der Bankgesellschaft. Ein "Hausgutachter" der Berlin-Hyp setzte den Wert der Plattenbauten so hoch an, dass die Firma der CDU-Spender viel mehr Banken-Millionen erhielten, als sie für den Erwerb der Bauten benötigte. Mit dem Geld zahlte sie umstrittene Provisionen an verbundene Firmen – ein Verstoß gegen das Hypothekenkreditgesetz. Dubios weiterhin: Als 1997 ein verheerendes Urteil der Innenrevision - einer bankinternen Kontrollabteilung - über die Kredit-Vergabe an den Vorstand erging, versuchte dieser auf Formulierungen Einfluss zu nehmen. Die Unterzeichnung des Berichts, der 1997 die zwei Jahre später eintretende Schieflage ankündigte, wurde ein Jahr lang hinausgezögert. Die Bankspitze sah den Bericht erst im Frühjahr 2001. Doch damit nicht genug. Der Vorstand der Berlin Hyp übergang wie bei der Kreditbewilligung auch bei der Sanierung des Kredit-Engagements anderslautende Empfehlungen. Statt Aubis zu liquidieren und Verluste zu minimieren, legte die Berlin-Hyp 1999 ein "Nießbrauchmodell"⁴ auf. Davon profitierten die CDU-Parteifreunde und -Spender Wienhold und Neuling, denn sie wurden auf diesem Wege entschuldet. Die Berlin-Hyp bürdete sich die Verluste in Millionenhöhe selbst auf – zum Schaden des Landes Berlin.

Wie hoch der aus diesen Immobiliengeschäften entstandene Schaden ist, konnte selbst nach mehreren Monaten Arbeit des Untersuchungsausschusses im entsprechenden Zwischenbericht⁵ noch nicht genau beziffert werden. Die Haftung dafür trägt jedoch letztlich das Land Berlin als Hauptgesellschafter der Bankgesellschaft Berlin.

Während der Untersuchungsausschuss den an der Parteispende entzündeten „Aubis-Skandal“ untersuchte, geriet die Bankgesellschaft Berlin immer mehr in den Mittelpunkt einer viel weitergehenden Unternehmenskrise, die mit weiteren Risiken in Milliardenhöhe die bitteren Einsparungen im Landeshaushalt seit 1996 zunichte machte.

Es stellte sich heraus, dass die Bankgesellschaft Berlin durch geschlossene Immobilienfonds mit unüblich sicheren Garantien für die Anleger Verluste in Milliardenhöhe erwirtschaftet hatte. Daraus entstanden Risiken vor allem in Form von Mietgarantien und Höchstpreisgarantien gegenüber Fondsgesellschaften mit Laufzeiten zwischen 25 und 30 Jahren. Weitere Risiken entstanden durch Wertberichtigungen bei auf Vorrat gekauften Grundstücken und Immobilien. Das an den Rande des Ruins gebrachte Bankhaus konnte nur durch die Sozialisierung der Verluste beim Land als Hauptgesellschafter vor dem Konkurs gerettet werden. In einem Nachtragshaushalt beschloss das Parlament im Sommer 2001 eine Kapitalzuführung von bis zu 2 Milliarden Euro, wovon 1,75 Milliarden Euro vom chronisch verschuldeten Land gezeichnet wurden. Im Dezember des vergangenen Jahres wurde zur Sanierung des Unternehmens eine Freistellung der Bankgesellschaft Berlin von den Altrisiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts durch den Senat beschlossen, die im Frühjahr vom Parlament bestätigt und anschließend durch die EU genehmigt werden muss. Die Konsequenz dieser Freistellung ist die Übernahme aller weiteren noch nicht bezifferbaren Wertverluste durch das Land Berlin über einen Zeitraum der Fondslaufzeiten, also bis weit nach 2020.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky zögerte trotz der sich rasant beschleunigenden Krise noch mehrere Wochen mit entsprechenden Konsequenzen. Dann legte er erst seinen Vorstandsposten bei der Berlin Hyp nieder und am 15. Mai 2001 auch seine Funktion als Fraktionsvorsitzender.

⁴ Ein Nießbrauchmodell ist das wirtschaftliche Nutzungsrecht statt des tatsächlichen Eigentums an einem sächlichen Gegenstand wie z.B. einem Gebäude.

⁵ Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.), Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin – 14. Wahlperiode – zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden, Drs. 14/1590, S. 88.

Die Große Koalition war durch diese Schritte jedoch nicht mehr zu retten. Bereits im Frühjahr unterbreiteten Bündnis 90/Die Grünen ein Kooperationsangebot an SPD und PDS mit denen bereits seit 1995 eine rechnerische Mehrheit gegenüber der CDU bestand. Nach einigem Zögern entschied sich die SPD unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Klaus Wowereit und dem Senator sowie Landesvorsitzenden Strieder zum Bruch der Koalition. Im Juni 2001 konstituierte sich ein Übergangssenat bestehend aus SPD und Grünen, der von der PDS toleriert wurde. Das Programm dieses Senats war kurz und bestand aus der Einleitung von Neuwahlen, die von einem Mehrparteienbündnis von PDS, FDP und Grünen per Volksinitiative gefordert wurde, sowie der Vorlage eines Nachtragshaushaltes, verbunden mit einem Kassensturz.

Der mehrheitlich akzeptierte Tabubruch rot-rote Koalition

Der Bruch der Großen Koalition und der Übergang zu einer rot-roten Koalition erscheint aus dieser Perspektive betrachtet als logische Konsequenz des Fehlverhaltens führender CDU-Politiker und der zunehmenden Unfähigkeit einer seit Jahren in sich zerstrittenen Koalition, die Haushaltskrise zu steuern. Und doch ist diese Sicht zu verkürzt und erfordert eine tiefergehende Betrachtung, die notwendige Rückschlüsse auf die politischen Rahmendbedingungen künftigen rot-roten Regierungshandelns in Berlin eröffnet.

Über viele Jahre bestand das Haupthindernis für einen Regierungswechsel in Berlin in der Ausgrenzung der PDS durch die anderen Parteien. Diese Ausgrenzung basierte auch aber nicht nur auf subjektiv-parteitaktischen Interessen. Bedeutsamer war die mehrheitliche Ablehnung der PDS insbesondere im Westteil der Stadt. Selbst wenn die SPD diese Ausgrenzung durchbrochen hätte, wäre sie mit der Gefahr eines tiefen Risses zwischen Befürwortern und Gegnern eines solchen Bündnisses konfrontiert gewesen, die sie selbst an den Rand der Spaltung gebracht hätte.

Aus diesem Grunde musste, so seltsam dies erscheinen mag, einer Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen CDU und PDS voraus gehen. Erst die partielle Auflösung des alten Lagerdenkens und der wechselseitigen Nichtanerkennung von CDU und PDS bot für die Berliner SPD die Möglichkeit, sich Stück für Stück aus ihrer subalternen Haltung gegenüber der CDU in der PDS-Frage befreien konnte. Freundl/Wolf formulierten die Konsequenz dieser Überlegungen in ihrem bereits zitierten Papier wie folgt: „In dem Maße, in dem einer Politik die Grundlage entzogen wird, mit der die CDU der PDS die Existenzberechtigung abspricht, wo nicht mehr ideologisch um die Frage gestritten wird, ob die PDS denn dem ‚demokratischen Lager‘ angehört, wird auch einer möglichen künftigen Kampagne der CDU gegen eine Regierungsalternative unter Einschluss der PDS die Sprengkraft entzogen, wird die PDS auch im Westen in Bereichen ‚geduldet‘, später vielleicht gar akzeptiert werden, die ihr heute noch mit frontaler Ablehnung gegenüberstehen. Vereinfacht formuliert: Die CDU braucht die Normalisierung uns gegenüber im Osten, wir brauchen die Normalisierung des Verhältnisses zur CDU im Westen.“⁶

Dieser Prozess der Normalisierung wurde eingeleitet mit einem gemeinsamen Interview zwischen Landowsky und Gysi (PDS) im „Tagesspiegel“, an das sich eine ganze Reihe von SPD-PDS-Podiumsdiskussionen anschlossen. Im Mittelpunkt dieses Normalisierungsprozesses stand selbstverständlich die Aufarbeitung der Vergangenheit, wobei zwischen SPD und CDU zwangsläufig unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt wurden. Die Kritik der CDU bezieht sich überwiegend auf die Rolle der SED bei der Spaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die inhaltlichen Aussagen der PDS, die systemtransformierenden Charakter tragen. Synonym für diese Auseinandersetzung ist die „Kommunistische Plattform“, deren Bedeutung absolut überschätzt und deren Verfassungsschutzbeobachtung deshalb als selbstverständlich erachtet wird. Aufgrund des spezifischen historischen Verhältnisses der beiden ehemaligen Arbeiterparteien legt die SPD hingegen besonderen Wert auf eine Entschuldigung der PDS für die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED sowie für die begangenen Verbrechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der DDR.

⁶ Freundl/Wolf, a.a.O.

Es überrascht deshalb in keiner Weise, dass die Präambel der rot-roten Koalitionsvereinbarung Gegenstand heftiger Auseinandersetzung sowohl zwischen den Koalitionspartnern als auch in der PDS gewesen ist. Mit ihr wird erstmals seitens der PDS der umstrittenen Benennung des Zusammenschlusses von KPD und SPD im Jahre 1946 als einer „Zwangvereinigung“ zugestimmt. Als die PDS-Parteivorsitzende Gabi Zimmer und die Berliner PDS-Landesvorsitzende Petra Pau im Sommer 2001 eine Erklärung zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD⁷ herausgaben, in der von Zwang im Vereinigungsprozess 1946 die Rede war, führte dies zu großen Debatten in der PDS und war überdies Anlass für eine erhebliche Anzahl von Parteiaustritten. Nichtsdestotrotz verdeutlichte diese Erklärung den Erneuerungswillen der PDS und markiert damit einen wichtigen Schritt zur Annäherung von SPD und PDS. Dass der im Dezember 2001 neu gewählte PDS-Landesvorsitzende Stefan Liebich diesen Kurs mit großer Vehemenz und sehr authentisch fortführt, war neben dem Engagement des PDS-Spitzenkandidaten zur Abgeordnetenhauswahl Gregor Gysi wesentlicher Garant für die Formulierung einer Präambel, mit deren Passagen zur Geschichte der beiden Parteien und der Stadt sowohl SPD als auch PDS leben können.

Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom Oktober 2001 vervollständigten die politischen Umwälzungen in Berlin und verdeutlichen zugleich den Sonderfall, den Berlin in den ostdeutschen Ländern darstellt.

Tab. 1 Ergebnisse der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001 (Zweitstimmen)

	Abgeordnetenhauswahl 2001 (in %)	Abgeordnetenhauswahl 1999 (in %)	Differenz (in %)
CDU	23,8	40,8	- 17,7
SPD	29,7	22,4	7,3
PDS	22,6	17,7	4,9
FDP	9,9	2,2	7,7
Bündnis 90/Die Grünen	9,1	9,9	- 0,8

Aus der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Oktober ist die SPD als eindeutiger Sieger hervorgegangen, obwohl sie mit einem Zweitstimmenanteil von 29,7 % um mehr als 20 Prozentpunkte unter der absoluten Mehrheit geblieben ist. Mit größerem Abstand folgten die CDU, die mit 23,8 % aber nicht einmal ein Viertel der Stimmen erhielt, und die PDS. Letzterer gelang es bei dieser Wahl näher als alle anderen ostdeutschen Landesverbände der PDS an die CDU heranzukommen. Denn in Sachsen und Thüringen, wo es der PDS gelang die SPD auf den dritten Platz im Parteienspektrum zu verweisen, sind beide zusammen jeweils deutlich schwächer als die CDU, die dort allein regiert. Obwohl es der PDS gelang in allen Berliner Bezirken ihren Stimmenanteil auszubauen, ist auch weiterhin ein extremes Ost-West-Gefälle bei der Stimmenverteilung festzustellen. Während sie im Westteil der Stadt mehr oder weniger deutlich unter 7% bleibt, kann sie im Osten annähernd 50% der Stimmen auf sich vereinigen und liegt damit unangefochten an der Spitze. Im Westteil der Stadt liegen SPD und CDU deutlich näher beieinander als dies in den vorangegangenen Wahlen der Fall gewesen ist.

An vierter und fünfter Stelle gingen die FDP und Bündnis 90/Die Grünen durchs Ziel. Mit 9,9 und 9,1 % blieben beide Parteien unter der Zehnprozentmarke, wobei die FDP erstmals seit 1990 wieder die Fünfprozentklausel bei einer Abgeordnetenhauswahl überwinden konnte und dabei gleich die GRÜNEN als kleinste der im Parlament vertretenen Parteien überholt hat. Die parlamentarische Anwesenheit dieser beiden Parteien stellt in Ostdeutschland einen Sonderfall dar, da es ihnen dort wiederholt nicht gelungen ist, bei Landtagswahlen die 5%-Hürde zu überwinden.⁸

Die SPD war in die Abgeordnetenhauswahlen mit einer eindeutigen Absage an eine Große Koalition und mit dem Willen zur Fortsetzung der rot-grünen Koalition gegangen. Voraussetzung dafür müsse aber eine eigenständige Mehrheit der beiden Parteien sein, da ein Tolerierungsmodell abgelehnt wurde. Zugleich wurde ein Bündnis mit der PDS zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen - der „Tabubruch“ war demnach beständiger Teil des Wahlkampfes der bürgerlichen Parteien.

⁷ Gabi Zimmer/Petra Pau, Geschichte lässt sich nicht aufrechnen. Zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD, Berlin 2001, <http://www.pds-berlin.de/politik/dok/kpd-spd.html>.

⁸ Der Landeswahlleiter Berlin (Hrsg.), Wahl in Berlin am 21. Oktober 2001. Endergebnis, Berlin 2001.

Das überraschend gute Abschneiden der FDP unter ihrem Spitzenkandidaten Günter Rexrodt sowie die Tatsache, dass es der SPD nicht gelang die 30% -Marke zu überspringen führte innerhalb der Sozialdemokratie zu einer längeren Kontroverse um die Frage ob eine Koalition mit der PDS oder als „Ampel“ mit Grünen und FDP eingegangen werden sollte, in die sich Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzender Schröder mit einem eindeutigen Votum für die Ampel einschaltete. Es kann nicht genau verifiziert werden, ob diese Intervention der Bundesebene den Ausschlag für den am gleichen Tag gefällten Beschluss des SPD-Landesvorstandes gegeben hatte, an die mit allen drei Parteien geführten Sondierungsgespräche Verhandlungen mit den beiden Kleinparteien anzuschließen.

Dass Scheitern dieser Verhandlungen nach langwierigen und vor allem durch Streit geprägten Verhandlungsrunden wurde begleitet durch eine zunehmend geringer werdende Abneigung in der Berliner Bevölkerung gegenüber einer rot-roten Koalition. Entsprechende Umfragen ergaben mehr als 30%ige Zustimmung für ein solches Regierungsmodell. Zählt man die Zustimmung zu einer rot-rot-grünen Regierung hinzu, ergeben sich mehr als 50%.

Die Berliner Koalitionsverhandlungen als Ausdruck gewachsener Professionalität der PDS

Für viele Beobachter überraschend, ist es der PDS gelungen, sowohl in den Berliner Koalitionsverhandlungen als auch während der sich anschließenden öffentlichen Debatten und Proteste gegen den Ausbau des Flughafen Schönefelds, gegen Umstrukturierungen in der Hochschulmedizin durch den Verzicht auf ein Universitätsklinikums sowie gegen die Kürzung vom mehr als einer Milliarde EUR bei den öffentlichen Personalausgaben, erstaunlich stabil zu bleiben. Dabei erfüllt die PDS alle Bedingungen grundsätzlicher Konflikte um Regierungsbeteiligungen, wie sie in der Geschichte der Grünen⁹ aber auch – wenngleich bis auf Mecklenburg-Vorpommern nur theoretisch - immer wieder auftraten.

Bündnis 90/Die Grünen oder die PDS stehen wie andere Organisationen auch vor der Doppelaufgabe, nach außen handlungsfähig und nach innen integrationsfähig zu sein. Für Parteien, die am parlamentarischen Wettbewerb teilnehmen und eine Regierungsbeteiligung nicht grundsätzlich ausschließen, erwächst daraus - spieltheoretisch formuliert - die Aufgabe bei jeder Wahl Stimmen zu maximieren. Dabei ist die Gewinnung von Wählerstimmen kein Selbstzweck, sondern orientiert sich am Ziel der Maximierung von Regierungsjahren.¹⁰ Handlungen, die sich aus der Wahrnehmung dieser Aufgabe ergeben, unterstehen demnach einer „Einflusslogik“.

Gleichzeitig sind Parteien aber auch kollektive Akteure, die nach außen nur dann handlungsfähig sind, wenn es ihnen gelingt, ihre Mitglieder zu integrieren und auf ein bestimmtes Set an politischen Optionen oder Zielen zu orientieren. Dazu sind sie insbesondere auf ideelle Motive angewiesen, zu deren Artikulation den Mitgliedern Möglichkeiten eingeräumt werden müssen. Vernachlässigen Parteien diese Aufgabe kann daraus eine existenzielle Bedrohung für die strukturelle Leistungsfähigkeit der Organisation erwachsen. Den Handlungen, die sich auf diese Aufgabe konzentrieren, liegt also eine „Mitgliederlogik“ zugrunde.

Politische oder parlamentarische Einflusslogik und Mitgliederlogik stehen häufig in einem Spannungsverhältnis, dessen Intensität umso größer angenommen werden kann, wie sich die entsprechende Partei in Opposition zu bestimmten Teilen herrschender Politik, politischer Vorstellungen oder gar des Systems stellt. Grundsätzliche Konflikte entstehen in Organisationen wie den Grünen oder der PDS demzufolge immer dann, wenn die der Einflusslogik unterstehenden Akteure in Parlament oder Regierung Handlungen vornehmen oder mittragen, die konträr zu bislang vertretenen Parteiauffassungen stehen.

Die Fähigkeit einer Partei, derartige Konflikte zu moderieren und weitgehend ohne Gesichtsverlust sowohl nach innen wie auch nach außen zu überstehen bzw. sogar öffentlichkeitswirksam produktiv zu nutzen, entscheidet demzufolge über die gemeinhin als „Regierungsfähigkeit“ bezeichnete Chance zur Stimmenmaximierung bei den nächsten Wahlen.

⁹ Vgl. Alexander Müller/Karsten McGovern, Nach außen hui und innen pfui? Über die Spielregeln und das Funktionieren von rot-grünen Koalitionen, in: Roland Sturm/Sabine Kropp (Hrsg.), Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, Baden-Baden 1999, S. 223-235.

¹⁰ Roland Sturm/Sabine Kropp, Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation, Opladen 1999, S. 16.

Die Berliner PDS profitierte bei den Koalitionsverhandlungen von mehreren Entwicklungen, die ihr den Spielraum für die Moderation politischer Konflikte ließen. In harten politischen Kernfeldern, insbesondere der Finanzpolitik galt sie sowohl in der Öffentlichkeit als auch beim Koalitionspartner SPD als hochkompetent und verantwortungsbewusst. Dies spiegelte sich u.a. darin wieder, dass der PDS-Fraktionsvorsitzende Wolf lange Zeit als Finanzsenator gehandelt wurde bzw. die PDS mit Gysi das Ressort Wirtschaft/Arbeit/Frauen besetzt. Für Verhandlungen unter den Bedingungen einer drohenden Haushaltsnotlage war dies von großer Bedeutung. Aber auch für die Vermittlung Entscheidungen, die jeweils einem Koalitionspartner Schwierigkeiten bereiteten. So hatte sich die PDS noch während der Wahlen gegen einen Ausbau des Flughafens Schönefeld ausgesprochen. In der SPD führte der Verzicht auf die Olympiabewerbung Berlins 2012 bzw. 2016, vor allem beim SPD-Senator für Jugend, Schule und Sport zu erheblichem Unmut.

Da die SPD eine Koalition mit der CDU definitiv ausgeschlossen hatte, standen ihr nach den gescheiterten Ampelverhandlungen keine weiteren parlamentarischen Optionen zur Mehrheitssicherung zur Verfügung. Mit der an die SPD gerichteten Ansage „Nun wird der Preis teurer“, gelang es der PDS in der Öffentlichkeit das Bild von Selbstbewusstsein zu erzeugen, das sie jedoch mit deutlicher Kooperationsbereitschaft koppelte. Medial transportierten beide Parteien das Bild großer Konzentration auf die Sachfragen und die Erfüllung eines ehrgeizigen Zeitplans. Ein deutlicher Gegensatz zu den Ampelverhandlungen, in denen sich insbesondere die kleinen Parteien, FDP und Grüne, durch öffentliche Diskussion von Koalitionskonflikten in den Medien zu profilieren suchten und damit das Bild von Unentschlossenheit vermittelten.

Durch die Zuweisung eines klaren Primats beim Landesvorstand und der Landespartei versuchte die PDS der Spannung zwischen Einfluss- und Mitgliederlogik Rechnung zu tragen. Alle relevanten Entscheidungen wurden zuerst in der Partei getroffen, dann wurde die Fraktion informiert. Die Durchführung einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zum Zwischenstand der Koalitionsverhandlungen, auf der insbesondere die Kritikerinnen und Kritiker aus Interessenverbänden zu Wort kamen, wurde als ausgesprochen positiv wahrgenommen. Der befürchtete Konflikt Basis vs. Führung fand nicht statt. Dieses Verhältnis zwischen Partei und Fraktion/Regierung durchzuhalten und auch in Zeiten von Konflikten moderierend und transparent – mit anderen Worten glaubwürdig zu erscheinen wird für die PDS entscheidend bei der Mobilisierung von Koalitionsakzeptanz nach innen wie außen sein.

Bereits im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen wurden innerhalb der Berliner PDS Auswertungen der Koalitionsverhandlungen und Koalitionspolitik in Mecklenburg-Vorpommern sowie der Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS in Sachsen-Anhalt vorgenommen. Im Mittelpunkt stand dabei der bundespolitische Einfluss der PDS insbesondere im Bundesrat. In Mecklenburg-Vorpommern war 1998 der strukturelle und personelle Einfluss der PDS bei der Frage der Vertretung des Landes im Bundesrat nicht geklärt worden. Das führte zu schwerwiegenden Informationsdefiziten, die erst in der kommenden Legislaturperiode personell ausgeglichen werden können, da die SPD aus ersichtlichen Gründen nicht bereit war, den Koalitionsvertrag im Sinne verstärkten PDS-Einflusses nachzubessern. Eine Regierungsbeteiligung der PDS in den drei Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt würde jedoch zu einer Konzentration von 11 Stimmen im Bundesrat führen.¹¹ Vor dem Hintergrund der knappen Stimmverhältnisse für die rot-grüne Bundesregierung erwächst daraus ein veränderter Umgang mit der PDS auf Bundesebene. Mit Rückwirkungen auch auf die PDS im Bundestag. Sie muss künftig in ihrer Stimmabgabe im Bundestag das Abstimmungsverhalten von PDS-regierten Ländern im Bundesrat berücksichtigen.

Politikwechsel in Zeiten leerer Kassen?

Sowohl die rot-grüne Bundesregierung als auch die rot-rote Regierung in Mecklenburg-Vorpommern sind 1998 mit dem Anspruch eines „Politikwechsels“ angetreten und wurden an diesem Anspruch gemessen. Standen auf Bundesebene die Bildungspolitik sowie der ökologische Umbau, insbesondere der Atomausstieg im Mittelpunkt der Aussage „nicht alles anders aber vieles besser machen zu wollen“, sollte in Mecklenburg-Vorpommern der „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“ zum Sym-

¹¹ Im Bundesrat verfügen Berlin über 4, Mecklenburg-Vorpommern über 3 und Sachsen-Anhalt über 4 Stimmen.

bol einer neuen Beschäftigungspolitik werden. Der 1998 formulierte Anspruch an einen Politikwechsel umfasste dabei normativ mehr als den Wechsel der politischen Prioritäten. Intendiert war vielmehr die Suche nach neuen Entwicklungspfaden in einer durch tiefgreifende Veränderungen geprägten Gesellschaft (Stichwort: Globalisierung) jenseits neoliberaler Marktlogik aber auch vor dem Hintergrund, dass traditionelle „linke“ Konzepte an praktischer Wirksamkeit verloren haben.¹²

Auch die rot-rote Koalition in Berlin ist mit dieser Anforderung an einen Politikwechsel konfrontiert, der sowohl von außen als auch von innen an die Koalitionsakteure herangetragen wird. Stärker als die seit 1990 ununterbrochen in einer Großen Koalition regierende SPD steht dabei die PDS im Mittelpunkt von Kritik und Hoffnung.

Sieht man von den grundsätzlich beschränkten Möglichkeiten der Länder zur eigenständigen Reformpolitik im kooperativen Föderalismus ab, sind die Rahmenbedingungen für einen materiellen Politikwechsel in Berlin verheerend schlecht. Mehr als wahrscheinlich ist – vor allem mit Blick auf den Koalitionspartner – dass bereits die Einleitung spürbarer Reformschritte durch die PDS erhebliche Kraft kosten wird.

Die Perspektive einer Konsolidierung der Finanzen aus eigener Kraft ist spätestens mit der Bankenkrise obsolet geworden. Umstritten ist nicht mehr die Benennung der haushaltspolitischen Notlage sondern der Zeitpunkt wann dies geschieht. Die Stadt ist mit mehr als 40 Milliarden EUR verschuldet – Tendenz steigend. Sie verfügt über jährliche Steuereinnahmen von 8 Mrd. EUR, von denen allein 4 Mrd. EUR für die Personalkosten des Öffentlichen Dienstes ausgegeben werden. Die Steuerreform der Bundesregierung und die Reform des Länderfinanzausgleiches werden weitere Mindereinnahmen bringen, das veräußerbare Vermögen ist bis 2004 aufgebraucht. Mit dem Ende der gegenwärtigen EU-Förderperiode und der Osterweiterung wird Berlin seinen gegenwärtigen Förderstatus verlieren. Die geplanten ursprünglichen großen Schritte zur Absenkung der Nettoneuverschuldung bis 2009 stehen in den Sternen. Berlin droht damit in seiner finanzpolitischen Handlungsfähigkeit endgültig durch eine wieder schneller anwachsende Verschuldung und den daraus resultierenden jährlich wachsenden Zinslasten erdrosselt zu werden.

Dabei ist die Haushaltskrise wiederum nur Ausdruck der eklatanten Strukturkrise der Berliner Wirtschaft. Die Hoffnungen auf ein rasches Wachstums zur Dienstleistungsmetropole hat sich zerschlagen. Auch der mit dem Umzug von Regierung und Parlament verbundene Aufschwung kann darüber nicht hinwegtäuschen. Es fehlt eine neue produktive Basis in der Stadt. Statt dessen verschärfen sich die seit Jahren feststellbaren Tendenzen einer wachsenden sozialen Polarisierung in der Stadt. Doch eine „kohärente Strategie zur Rekonstruktion regionaler wirtschaftlicher Kreisläufe, zur wirtschaftlichen Stabilisierung in der Stadt ist gegenwärtig bei keiner politischen Formation erkennbar“¹³ konstatieren Freundl/Wolf. Eine Analyse, der zugestimmt werden muss.

Worin bestehen nun die Kriterien für Reformpolitik unter den Bedingungen leerer Kassen und wirtschaftlichem Nullwachstum? Laut Freundl/Wolf wesentlich davon, ob sich eine rot-rote Koalition „auf drei, vier zentrale Reformvorhaben verständigen kann, für die nicht nur im Parlament eine arithmetische Mehrheit existiert, sondern um die herum sich gesellschaftliche Mehrheiten und Akzeptanz der Regierungspolitik organisieren lassen. Gelingt es, sich auf solche Reformvorhaben als Kernbestand und Essenz einer gemeinsamen Regierungspolitik zu verständigen, dann sind auch Abstriche, Kompromisse, Konflikte in anderen Bereichen verkraftbar und politisch vermittelbar“¹⁴.

Diese Festlegung auf ein Reformvorhaben ist der Koalition aber bislang ausschließlich bei der Schulpolitik und in gewisser Hinsicht bei der Innenpolitik durch eine Reihe von Akzentveränderungen gelungen.

Die bildungspolitische Misere im Bermudadreieck von exorbitant hohem Unterrichtsausfall, schlechter baulicher und materieller Ausstattung der Schulen sowie inhaltlichem Neuerungsbedarf soll künftig durch deutliche Besserstellung gegenüber anderen Ressorts mittels einer Verbesserung des Schüler-Lehrer-Verhältnisses, der Fortführung des wichtigen Schulbausanierungsprogramms, der Reform der

¹² Frank Berg/Thomas Koch, Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt, Berlin 2000, S. 8.

¹³ Freundl/Wolf, a.a.O.

¹⁴ Freundl/Wolf, a.a.O.

Unterrichtsinhalte bekämpft werden. Flankiert werden diese Maßnahmen durch weitere Reformkonzeptionen im Bereich der verbesserten Integration von MigrantInnen, verstärkter Gender Mainstreaming sowie nicht zuletzt durch Details wie die seit Jahren geforderte Anerkennung der LandesschülerInnenvertretung (LSV). Deutlich wurde in den Verhandlungen, dass SPD und PDS in vielen Punkten übereinstimmen, bei denen in den Vorjahren zwischen CDU und SPD unüberbrückbare Unterschiede bestanden hatten. Nicht unterschätzt werden darf jedoch, dass in Fragen wie dem Religionsunterricht oder der Schulzeitverkürzung zum Teil erhebliche Differenzen zwischen den neuen Koalitionspartnern bestehen.

In der Innenpolitik gelang es durch aktive Unterstützung des linksliberalen Innensenators Körting (SPD) in Zeiten der radikalen Verschärfung der inneren Sicherheit durch Bundesinnenminister Schily¹⁵ einen Begriff von „öffentlicher Sicherheit“ zu etablieren, der Polizeireform und Innere Liberalität in den Mittelpunkt stellt.

Weit mehr als diese Punkte steht jedoch die alles erdrückende Haushaltspolitik im Zentrum politischen Handelns in Berlin – so auch der rot-roten Koalition. Die Fähigkeit zur Einleitung von wirksamen Konsolidierungsmaßnahmen wird jenseits jeden reformpolitischen Anspruchs zur entscheidenden Kennziffer der Regierungsfähigkeit dieser Koalition. Dabei wird es neben der Beantwortung der Frage, wie „Sparen mit sozialem Antlitz“ in der Praxis aussehen kann, vor allem um einen Mentalitätswechsel in der durch Subventionsmentalität zugunsten politisch und ökonomisch einflussreicher Lobbys geprägten Stadt gehen.

Die Aufgabe einer reformpolitisch orientierten Koalition aus SPD/PDS wird deshalb darin bestehen müssen, zumindest folgendes zu vermitteln:

- a.) Der Übergang von der Großen Koalition zur SPD-PDS-Koalition ist nicht nur ein Tabubruch in der Bundeshauptstadt, sondern markiert zugleich den Wechsel zu einer Koalition die mehr verbindet als die Annahme, dass zu ihr keine Alternative bestünde. Nur dieser Koalition kann es gelingen, wirksame Schritte zur inneren Einheit der politisch weiterhin gespaltenen Stadt einzuleiten. Dies betrifft den Umgang mit städtischen Symbolen ebenso wie die in den vergangenen Jahren vernachlässigte Einbeziehung demokratischer Öffentlichkeit in den Diskurs um die Gestaltung der Stadt.
- b.) Die unbedingt konsequent fortzusetzende Haushaltssanierung dient nicht nur der mittelfristigen Wiedergewinnung politischer Handlungsspielräume, sondern ist zeitgleich verknüpft mit Prioritätensetzungen in den entscheidenden Innovationsbereichen Bildung und Wissenschaft sowie sozialer Stadtpolitik.
- c.) In deutlicher Abgrenzung vom herrschenden „Sicherheits-Diskurs“ müssen Innere Liberalität, wirksame Reformen in der Einwanderungspolitik sowie nicht zuletzt die Wiedergewinnung des immer mehr privat eingezäunten öffentlichen Raums im Fokus politischen Handelns stehen.

Erscheint in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2002, S.

Zeichen: 31.225

Benjamin-Immanuel Hoff, geb. 1976 in Berlin, Sozialwissenschaftler, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und für die PDS Mitglied in der Koalitionsverhandlungskommission 2001

¹⁵ Volker Eick, Martin Beck, Carsten Wiegrefe: "Als das Wünschen noch geholfen hat." Das World Trade Center als Security Shopping, Mall, in: PROKLA Heft 125, Münster 2001.